

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
und Anzeiger für das Erzgebirge
entgegen. — Erscheint wochentlich.
Jahrespreis 10 Mark. Nr. 33.

Abbestellung: Die Anzeiger für das
Erzgebirge für das Jahr 1924
müssen bis zum 1. Dezember
eingeliefert werden. —
Abbestellung für das Jahr 1925
muss bis zum 1. November
eingeliefert werden.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1999

Nr. 303

Mittwoch, den 31. Dezember 1924

19. Jahrgang

Die neue Geheimdiplomatie.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz, die Kölner Zone am 10. Januar nicht räumen zu lassen, wird von uns als Weltsehnsüch empfunden und eine Schaffigkeit der Entente-Staatsmänner genannt. Ganz mit Recht, denn die Gründe, worauf die Alliierten ihre Räumungsverweigerung stützen, sind aus der Luft gegriffen und existieren in Wirklichkeit nicht. Deutschland ist waffenlos und ganz außerstande, das waffenstarrende Frankreich mit Erfolg anzugreifen. Das weiß niemand besser als die Franzosen selbst, die seit Monaten Schnüffel-Kommissionen in Deutschland unterhalten, die ihren Auftrag peinlich genau ausführen. Trotzdem das Gerücht von ungeheuren Rüstungen in Deutschland! Was kann der wahre Grund dieser Politik sein, die rein garnichts mit Verschönerung oder Verhöhnung gemein hat? Die Behauptung, Frankreich wolle nur Deutschland dauernd niederhalten, klingt überaus plausibel. Aber sofort entsteht doch wieder die Frage: Warum leisten bei dieser Aneignungsfaktion England und Italien scheinbar gutwillig Hilfeleistungen? Eine Antwort liegt bis jetzt noch nicht vor. Die Angabe, daß bei dem Arrangement die Ablehnung des Genfer Protokolls eine Rolle, sogar die Hauptrolle, gespielt haben soll, deutet wohl die Richtung an, ohne jedoch politische Ziele aufzudecken.

Vorläufig steht nur eins fest: Die Entente versucht auf Kosten Deutschlands Streitfragen zu beseitigen. Die mit allem, nur nichts mit der deutschen Abrüstung etwas gemein haben. Hintergründe! Diese Politik ist alt, wurde Geheimdiplomatie genannt, ist Hauptschuldbild des Weltkrieges und der furchtbaren Nachkriegspolitik, galt mit dem Amtsantritt Macdonalds als erledigt, feiert jedoch unter der konteraktiven Leitung Baldwin's ihre Auferstehung und hat sich nun als Tummelplatz den Rhein erwählt. Dahinter verbirgt sich für uns und für Europa eine neue Gefahr. Das Rheintal ist uralter Kampfboden, mehrmals wechselten die Herrschaften ihre Landesherren. Der Stärkere siegte. Die Bevölkerung blieb deutsch. Jetzt aber wird mit diesem Lande gehandelt, als handelte es sich um Marokko, um einen Balkanstaat oder um eine Kohlenstation an der ostafrikanischen Küste, kurz um einen Landbesitz, den die Politik reis für „Kompensationen“ hält oder als Ersatz für überhöhter Stimmungen benutzt. Daher muß diese Politik schon in ihren Anfängen von uns abgewehrt werden, denn welche Folgen diese Hintergründe-Politik hat, dafür bietet uns gerade die Gegenwart ein klassisches Beispiel.

In Albanien wütet der Bürgerkrieg. Jan Noli, der bisherige Ministerpräsident, orthodoxer Bischof, gelehrter Theologe, Schriftsteller und Historiker in einer Person, hat aus seiner Hauptstadt flüchten müssen. Ahmed Bey Jogu, der Führer der konteraktiven Gruppe der Großgrundbesitzer, im Juni gestürzt und geschickt, ist unter großem Jubel in Tirana eingezogen. Jan Noli wollte die Unabhängigkeit Albanens durch eine Anleihe beim Völkerbund erreichen. Er reiste zu diesem Zweck nach Genf, lehrte jedoch unrichtiges Sachverhalte. Seine Freunde, denen außerdem auch die Agrarreform — Jan Noli war radikaler Bodenreformer und Gegner des großen Besitzes — zu langsam durchgeführt wurde, waren enttäuscht. Um so leichter gelang deshalb der Ueberfall Ahmed Bey Jogu's.

Nun die Hintergründe, das, was uns angeht. Selbstverständlich ist auch diese neue Haltung in der Weltbewegung Geschichte der Balkanländer in der Hauptfrage auf die schärfende Arbeit der Hintergründe zurückzuführen. Sofort mit dem Beginn des Bürgerkrieges ließ es sich, daß der eine Teil der Drahzähler in Belgrad und der andere Teil in Rom sitzt. Auch auf die Einflüsse Somersjetruslands, die neuerdings auf dem Balkan besonders stark in Erscheinung treten, wird in Meldungen darauf hingewiesen.

Unsere Politik wird durch die Ereignisse in Albanien nicht berührt, wohl aber sollte uns das Schicksal dieses Landes mit aller Deutlichkeit die Gefahr zeigen, die einem Lande droht, das zum Tummelplatz der Geheimdiplomatie geworden ist. Vor diesem furchtbaren Los — wenn auch nur für kurze Zeit beabsichtigt — muß unser Rheintal gewahrt bleiben. Deutschland ist wohl waffenlos, aber keineswegs wehrlos. Mit uns ist das Recht. Und dann noch eine Macht, die am 10. Januar ihre Freiheit zurückbehält: der deutsche Handel. Wir glauben, daß sich mit diesen beiden Streitern der Kampf um das Rheintal bestehen läßt, sollten auch Hintergründe der Alliierten noch so gewichtig sein.

Paris, 29. Dez. Das Außenministerium teilt mit, die französische Antwortnote an Deutschland den holländischen Mächten zur Begutachtung unterbreitet. Am Mittwoch tritt die Botschafterkonferenz zur endgültigen Wortlauts zusammen.

Die bevorstehende Note an Deutschland.

Eine Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten im Februar.

Der Entwurf der Note.

Den alliierten Kabinetten bereits zugegangen.

Paris, 29. Dezember. Der Text des Briefes, in welchem die Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Kölner Zone der deutschen Regierung mitgeteilt werden soll, ist von dem Sekretariat der Botschafterkonferenz ausgearbeitet worden. Er ist den fünf alliierten Regierungen Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan bereits zugegangen. Diese werden, dem „Temps“ zufolge, ihre Inkultionen darüber ihren Vertretern bei der Konferenz übermitteln und die Botschafterkonferenz am nächsten Mittwoch den Text der Note endgültig festsetzen.

Die Grundlage der Note an Deutschland werde die Tatsache bilden, daß die Alliierten noch nicht den endgültigen Bericht der Kontrollkommission erhalten haben, und daß unter den augenblicklichen Umständen, soweit es die Anzeichen vermuten lassen, die Räumung dieser Zone am 10. Januar nicht zu rechtfertigen sein dürfte. Die Note werde bemerken, daß die Besetzung des linken Rheinufer die Hauptsicherheits für die völlige Ausführung des Versailler Vertrages durch die deutsche Regierung darstelle, und daß die Alliierten in diesem Punkte als Treuhänder für die anderen Unterzeichner des Friedensvertrages zusammenwirken müßten.

Rom, 29. Dez. Die „Tribuna“ meldet aus Paris, auf Vorschlag des italienischen Botschafters habe sich die Botschafterkonferenz auf die Formel geeinigt, daß kein Interesse bestehe, die Besetzung der Kölner Zone zu verlängern, wenn Deutschland seinen hauptsächlichen Verpflichtungen der Entwaffnung nachkommen werde.

Die Alliiertenkonferenz im Februar.

Wenn die Militärkontrollkommission ihren Schlußbericht erstattet haben wird, soll vor der Absendung der entsprechenden endgültigen Note der Alliierten über die Räumungsfrage dem „Daily Telegraph“ zufolge eine Sitzung des obersten Rates in Form einer Konferenz der interalliierten Ministerpräsidenten und Außenminister stattfinden, um den ganzen Fragenkomplex zu erörtern, wahrscheinlich im Februar.

Nur teilweise Vollmacht der Botschafterkonferenz.

London, 29. Dez. Die Note über die Räumung der Kölner Zone, deren Entwurf die Botschafterkonferenz am Sonnabend festgesetzt hat, wird noch manche Wendung erfahren, bevor sie nach Deutschland abgesandt wird. England und Italien haben erklärt, daß sie in dieser Frage ihren Pariser Botschaftern nicht unbedingte Vollmachten verleihen können, sondern über jede Frage und Einzelheit der Entwicklung der Verhandlungen auf dem Laufenden gehalten werden und sich ihre Entschlüsse vorbehalten müssen. Die Note wird daher kaum vor Ende der Woche nach Berlin gelangen.

Die Pariser Presse geht weiter.

Paris, 29. Dez. Alle Blätter nehmen das vom „Temps“ ausgegebene Lösungsmotiv auf, wonach die Räumung der Kölner Zone mit der des Ruhrgebietes außer Zusammenhang stehe. Man warnt Berlin davor, sich der Hoffnung auf eine gleichzeitige Räumung der beiden Gebiete hinzugeben. Die deutschen Blätterstimmen werden im übrigen von der Pariser Presse zu meist kommentarlos unter der tendenziösen Ueberschrift „Wutgeschrei der deutschen Presse“ wiedergegeben. Die Mitteilung des Reichswehrministers Gessler, daß die Gewehrteile in Bittenu zur Anfertigung von Jagd- und Sportwaffen für Rechnung einer ausländischen Macht bestimmt waren, finden hier keinerlei Glauben. Der „Excelsior“ weist darauf hin, daß Punkt 6 der bekannten fünf Punkte der Botschafterkonferenz, wonach die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial durch einen besonderen Geheiß zu verbieten ist, sich auf diese Art von Waffen beziehe. Derselbe Auffassung vertritt auch der „Gaulois“.

Englischer Beschwichtigungsvorschlag in Deutschland.

London, 29. Dez. „Daily Chronicle“ betont, daß die Entwaffnung Deutschlands, wie sie im Vertrage vorgesehen ist, die vollständigste der Weltgeschichte sei. Im allgemeinen Interesse Europas liege es, wenn die britischen Truppen ein wenig länger in Köln blieben, da Frankreich dadurch herangezogen würde, ein früheres Datum für die Räumung der Ruhr festzusetzen.

Ministerrat über die Räumungsfrage.

Berlin, 29. Dezember. Wie die Telegraphen-Union erzählt, fand am heutigen Montag unter dem Vorsitz des Botschafters Dr. Jarres ein Ministerrat statt, der sich mit der außenpolitischen Lage beschäftigte, wobei die Frage der Räumung Kölns im Vordergrund der Beratungen stand. Es ist anzunehmen, daß irgendwelche Beschlüsse noch nicht gefaßt wurden, da der Reichsregierung eine offizielle Mitteilung der Alliierten über die Räumungsfrage noch nicht vorliegt.

Noch keine offizielle Mitteilung über die Nichträumung der Kölner Zone.

Berlin, 29. Dezember. (Telunion). Die Reichsregierung hat bisher noch keine offizielle oder offizielle Mitteilung erhalten, daß die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar zunächst nicht erfolgt. In dem Communiqué der Botschafterkonferenz ist nicht ausdrücklich gesagt, daß die Konferenz beschlossen habe, die Räumung nicht vorzunehmen im Gegensatz zu einer gleichfalls als offizielles Communiqué verbreiteten Meldung einer Korrespondenz. Man darf annehmen, daß über die Begründung der Nichträumung immer noch Meinungsverschiedenheiten fortbestehen trotz der betonten Einmütigkeit der Botschafterkonferenz. Auf die Begründung der Nichträumung kommt aber so gut wie alles an. In jedem Fall aber wird die Reichsregierung an ihrem Standpunkt festhalten, daß die Nichträumung der Kölner Zone am 10. Januar einen Vertragsbruch darstellt, gegen den sie auf das energischste protestieren wird.

Militärkontrolle „vorläufig“ bis 1. Juli 1925.

Genf, 29. Dezember. Der „Temps“ meldet: Die Militärkontrolle in Deutschland geht weiter, und zwar vorläufig bis 1. Juli kommenden Jahres.

Die Meldung des „Temps“ dürfte zweifellos Informationen aus amtlichen französischen Kreisen zurückzuführen sein. Offenbar hat die Botschafterkonferenz nicht nur die Militärkontrolle, sondern auch die Räumung Kölns, da man sich untereinander gen kann, zunächst auf ein halbes Jahr.

Der „Temps“ meldet: Die Kölner 30. Juni gekümt, wenn die Ruhrbesetzung länger wird. Mit dieser Möglichkeit sind die Beschlüsse der Botschafterkonferenz verbunden.

General Walsh meldet aus Berlin, daß die Ergebnisse der Militärkontrolle, von Gasmaske.

Lägerische Hege des englisch-interalliierten Rates.

London, 29. Dez. Der Vertreter in der interalliierten Öffentlichkeit einen Artikel über die Abrüstung. Er hebt besonders hervor, daß die von Seeckt her, der in fünf bis sechs Jahren Europa bedeute. Weiter heißt es, daß Deutschland entgegen dem Vertrag in jeder Weise versucht hätte, eine in Militärklauseln herbeizuführen und die von Unruhen an der Ruhr und anderen Punkten zu hand genommen hätte. Die deutschen Forderungen vollkommen ungerechtfertigt, da einige von Truppenbataillone zur Niederwerfung des kommunistischen Putsch vollständig ausreichten. Trotzdem hat die Deutschen die Kühnheit gehabt, Truppen auf zu stellen, die die im Versailler Vertrag vorgesehene, Doffern um das Doppelte überschritten und hätten Generalstab für 20 Divisionen eingerichtet. Weiter heißt der englische Kommissar, wie das deutsche Kommando mit Geheimhändlern und früheren Kriegsgenossen die Division zum Armeekorps erweitert. Was die Versorgung der Artillerie anbelange hätte die deutsche Heeresleitung unter Berufung auf den Versailler Vertrag fortgesetzt, ihren Bedarf 20 Armeekorps zu decken. Die Verbündeten hätten jedoch das Ziel durchschaut und während der Konferenz von Spa energisch auf der Erfüllung der Vertragsklauseln bestanden. Darauf hätte der deutsche Generalstab seine Taktik geändert und sich unter Scheinbarer Beobachtung des Vertrages auf die Schaffung eines Kerns für eine große Kräfte verlegt. Die deutschen Militärschichten wären dabei in der Weise verfahren, daß sämtliche verbottene Geheimstände in bestimmter Einheit an die Kompanien angehängt worden wären. Die deutschen Regierungen enthielten und verzögerten.